

Polizei nimmt terrorverdächtige Asylbewerber fest

Sicherheit geht vor

Von Hans-Jürgen Irmer

Es ist der Alptraum für Sicherheitsbehörden, wenn IS-Terroristen als Flüchtlinge getarnt, mit falschen Pässen, falschen Nationalitäten und Identitäten versuchen, nach Deutschland und Europa einzureisen. Nie war es leichter als jetzt.

Deshalb brauchen wir dringend eine drastische Reduzierung der Asylbewerber, einen zeitlich befristeten Aufnahmestopp, um Altfälle sorgfältig abarbeiten zu können, Ordnung ins System zu bringen, illegale aufzuspüren, und verstärkte Abschiebungen.

Eine echte Einzelfallprüfung ist dringend nötig, die nach geltendem Recht zwingend vorgeschrieben ist. Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hat sehr klar erkannt, daß der IS bewußt Terroristen als Flüchtlinge einschleuse, die auf einen Anschlag warteten. Derzeit gehe man rund 250 Hinweisen auf mögliche Dschihadisten unter den Asylbewerbern nach. Hundert Prozent Sicherheit wird es nie geben können, aber der Staat muß sämtliche Instrumente und Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, konsequent anwenden. Notfalls müssen Gesetze verschärft werden. Die Sicherheit der Bevölkerung hat absolute Priorität.

Hans-Jürgen Irmer ist Mitglied des Hessischen Landtags (CDU).
► www.wetzlar-kurier.de

Debatte um europäisches Finanzministerium

Flucht nach vorn

Von Dirk Meyer

Jens Weidmann gilt als vorbildlicher Notenbanker: dem Amt verpflichtet, zurückhaltend, doch klar in der Position. In einem Beitrag mit seinem französischen Amtskollegen François Villeroy de Galhau haben sich beide „als überzeugte Europäer“ zu den Notwendigkeiten einer Fiskalpolitik angesichts einer Währungsunion geäußert, die nur eine gemeinsame Geldpolitik für alle Eurostaaten bietet. Sie sehen zwei Alternativen: Entweder bleibt es bei nationaler Verantwortung für die Einnahmen- und Ausgabenpolitik mit strikter Regelbindung oder ein europäisches Finanzministerium muß her.

Obwohl der Fiskalpakt „geschärft“ und eine Schuldenbremse eingeführt wurde sowie eine Haushaltsüberwachung der nationalen Haushaltsplanungen stattfinden soll, entpuppt sich das bereits reformierte Regelwerk als Beruhigungsspiel. Fehlende harte Sanktionen wie Strafzahlungen oder der Ausschluss von den EU-Futterkrippen (Regional- und Strukturfonds) machen nationale Alleingänge attraktiv – zumal, wenn die Rettungskosten andere (mit-)tragen. Da scheint ein europäisches Finanzministerium wie eine Flucht nach vorne: Eigene Steuerhoheit und Eurobonds bieten direkten Zugriff auf die Fleischtopfe, um die diskutierte europäische Arbeitslosenversicherung zu alimentieren.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Universität der Bundeswehr.

Linksextreme Ausschreitungen in Berlin

Nicht verharmlosen

Von Michael Paulwitz

Linksextreme Gewalttäter zerstören in Berlin Dutzende Autos und LKW-Veranstaltungen – eine Terrororgie mit Ansage aus Rache für die ersten Polizeirazzien seit langem. Wie eine Bürgerkriegsarmee gegen militante Linksextremisten organisiert, geschult und strategisch gegen Staatsgewalt und öffentliche Ordnung vor.

Politischer Terror hat viele Gesichter, aber das häufigste ist links. Mehr als die Hälfte der extremistischen Angriffe auf Parteien im Januar waren links und gegen die AfD gerichtet, dreimal mehr als rechtsmotivierter Angriffe auf Linke. Selbst Grüne, SPD und CDU wurden häufiger von Links- als von Rechtsextremisten attackiert.

Gefährlicher als diese Gewalttäter sind Politiker und Medien, die sie verharmlosen und ihnen Narrenfreiheit lassen, die Konkurrenten mit dem Verfassungsschutz drohen, aber von gepöppelten „gegen Rechts“-Kämpfern nicht einmal formale Bekenntnisse zur Verfassung verlangen. Oder ein Journalistenverband, der jeden Pegida-Rempler skandalisiert, aber zum brutalen Raubangriff Linker auf eine ARD-Fernsehreporterin schweigt. Ein Bundesjustizminister, der alte und neue Stasi-Kräfte auf Verbalradikale im Internet hetzt, aber linksextreme Netzportale, in denen Gewalt vor aller Augen beworben und bejubelt wird, feige in Ruhe läßt. Die klammheimlichen Sympathisanten verhindern, dem Spuk mit hartem Durchgreifen ein Ende zu machen.



Es geht abwärts: „Mutti hält Kurs. Wir schaffen das!“

Europa soll zahlen

Asylkrise: Als „Türsteher“ haben die Türken ein erhebliches Druckmittel in der Hand

Als die Türken 1683 endgültig die zweite Belagerung Wiens aufgeben mußten, schickte der Sultan seinem kriegführenden Wesir Kara Mustafa in einem Schmuckkästchen eine seidene Halschnur. Es war die Aufforderung zum Selbstmord wegen Versagens.

Wenn heute eine Regierung in Europa versagt, zum Beispiel die Griechen, braucht kein Politiker solche Präsenze zu fürchten. Im Gegenteil, man schickt ihnen eher besänftigend Geld. In der Türkei aber hat man sich manche Tradition über die demokratische Erneuerung im letzten Jahrhundert bewahrt, wenn auch in anderer Form.

Der moderne Sultan Tayyip Erdoğan duldet kein Versagen, er zeigt dann sein leeres Schmuckkästchen und möchte es gefüllt bekommen. Andernfalls öffnet er die Tore der Flüchtlingslager und läßt Europa fluten. Das ist seine seidene Halschnur – aber nicht nur für fehlerhafte Politiker, sondern für ganze Völker und Länder.

Natürlich ist das Erpressung. Aber der Islamist Erdoğan kennt nur die Sprache der Unterwerfung, zu beobachten ist das in seinem Umgang mit den Kurden, mit Journalisten und ganz allgemein mit politisch Andersdenkenden. So sind aus den ursprünglich drei Milliarden, die Europa einmalig den Türken für die Einhebung der Flüchtlinge bot, jetzt drei Milliarden pro Jahr geworden.

Europa soll zahlen und somit der hinkenden Wirtschaft im Reich Erdoğan auf die Sprünge helfen. Schließlich kostet auch der Krieg gegen die Kurden Geld, und die Ausfälle aus dem Ölgeschäft mit dem „Islamischen Staat“ müssen ja auch irgendwie beglichen werden. Vorher brachten die kilometerlangen Tanklastzüge seinem Clan Hunderte von Millionen Dollar. Putins Bomber und danach auch die Bomber der westlichen Alliierten ließen das Geschäft in Flammen aufgehen. Jetzt soll die Nato sogar die Grenzen in der Ägäis sichern, man fragt sich wie.

Dennoch hat die Bundeskanzlerin keine andere Wahl. Sie muß mit dem Sultan

reden. Ein neues Drama staut sich vor den Toren der Türkei, die Flüchtlinge aus Aleppo. Sie werden von Ankara als mediales Druckmittel benutzt – gegen Europa und gegen Rußland.

Dabei wäre für 40.000 bis 60.000 Flüchtlinge in der Türkei allemal Platz. Aber das ist nur ein kleiner Teil der Flüchtlingsrechnung. In Jordanien und im Libanon harren noch Millionen Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen aus, weil Europa die Mittel für ihre Versorgung zusammengestrichen hat.

Wenn hier nicht bald eine Beteiligung an den Kosten erfolgt, werden sich die Massen in Bewegung setzen, Richtung Europa. Die Milliarden, die hier „investiert“ werden, sparen nicht nur ein Viel-

Türkei, Jordanien, Libanon, Libyen, nicht zu vergessen die Wirtschaftsflüchtlinge vom Balkan und aus dem Osten Europas (der unbefriedeten und insolventen Ukraine etwa) – es wird höchste Zeit, ein Gesamtkonzept für die Flüchtlingsproblematik zu entwickeln. Bisher wird nur an einzelnen Brandherden agiert beziehungsweise reagiert. So aber macht man sich von Despoten abhängig.

Zwar plädieren auch CDU-Politiker schon für ein weiteres, schärferes Asylpaket. Es wird auch dazu kommen, vermutlich wird es sogar vor den drei Landtagswahlen in knapp fünf Wochen schon einen Entwurf geben. Aber die SPD wird es zunächst wieder ausbremsen, und die Grünen und Linken werden erneut Fundamentalsoptionen betreiben. Und in der Zwischenzeit wird wieder viel geredet und durchgewinkt.

Das Gesamtkonzept müßte an erster Stelle eine Dringlichkeitsliste erstellen. Dazu gehört der realistische Blick auf die Flüchtlinge selbst. Viele von ihnen wollen zurück, vor allem jene, die im Libanon oder in Jordanien und in der Türkei gestrandet sind. Und sie tun es schon.

In den Geisterstädten Homs und Qusair sind wieder Menschen auf der Straße zu sehen. Auch der Mythos vom Deutschland mit den offenen Armen verblaßt in Nahost. So schnell die Selfies mit der Kanzlerin die orientalischen Phantasien erfüllten, so schnell wirkt auch die jetzige Debatte. Nur auf dem Balkan, in Nordafrika und in Osteuropa sieht man in Deutschland nach wie vor ein El Dorado. Was nützt sind Investitionen in Nahost – das sagt selbst die Kanzlerin – und Regeln für eine schnellere Abschiebeprozess. Soviel Pragmatismus müßte sein. Aber das reicht nicht.

Was die Diskussion über die Flüchtlingsproblematik vor allem bräuchte, wäre ein Schuß Ehrlichkeit. Dazu gehört auch ein unverhangener Blick auf den Islam und seine Schmuckkästchen. Denn für Leute wie Erdoğan soll 1683 nur eine Episode sein.



VON JÜRGEN LIMINSKI

»Natürlich ist das Erpressung. Aber der Islamist Erdoğan kennt nur die Sprache der Unterwerfung.«

faches im Vergleich zu den Kosten, wenn die Millionen erst mal im Schengenraum sind. Sie ersparen vor allem soziale und kulturell bedingte Konflikte, die sich heute kaum beziffern lassen. Zwar muß man genau hinschauen, wohin das Geld fließt. Aber dunkler als die Kanäle in Erdoğan's Reich kann es kaum werden.

Und dann ist da noch eine dritte potentielle Flüchtlingsquelle: Libyen. Immer mehr versprengte Islamisten, auch Kämpfer des IS, sammeln sich an der Gegenküste zu Europa. Das Land versinkt im Chaos, und das treibt die Menschen in die Flucht. In Paris und London erwägt man bereits ein militärisches Eingreifen, auch Rom blickt sorgenvoll zur Syrte. Die Intervention scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, und für Berlin wird es dann wieder teuer.

Aufgeschnappt

Herr Obfrau

MATTHIAS BÄKERMANN

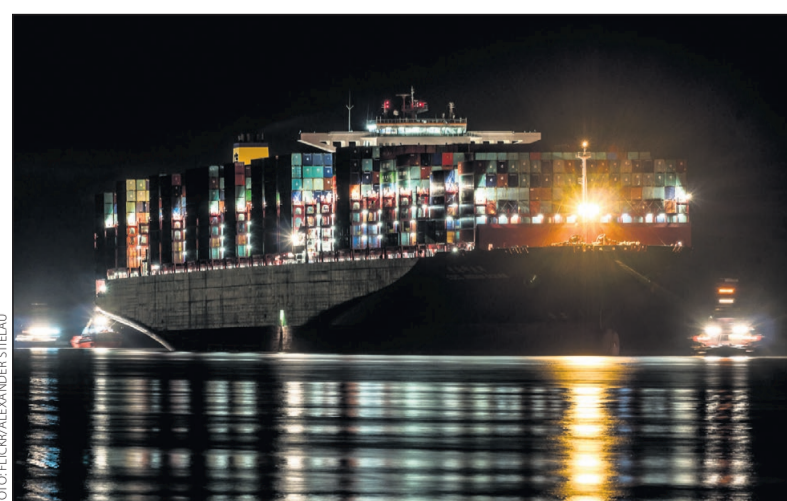
Was die an der Universität Leipzig machen, können wir schon lange, dachten sich wohl die Grünen am Kärntner Wörthersee. Ebenso wie in der Pleißenstadt, wo seit 2013 das „generische Femininum“ gilt, also alle Personen in der weiblichen Form („Frau Professor“) benannt werden, verkündeten sie vergangenen Sonntag stolz: „Ab jetzt bezeichnen wir uns als weiblich!“

Vier Tage zuvor hatten die Klagenfurter Grünen im gemeinsamen Plenum beschlossen, „alle Mitglieder in ihrem Statut ab sofort mit der weiblichen Geschlechtsform zu bezeichnen“. Reinhard Schinner,

Parteivorsitzender, oder wie es in Österreich heißt Obmann, mußte dafür kurzerhand zur Obfrau und durfte als solche diese genderpolitische Entscheidung kommentieren. „Der Schnitt ist durchaus und bewußt radikal. Sprache wirkt auf unsere Weltsicht. Wir setzen damit für die weibliche Mehrheit der Bevölkerung ein klares Signal.“ Zudem habe sich der Begriff Landeshauptmann für Frauen etabliert und stoße keinem als absurd auf. In dieser Logik sei eine männliche Parteiobfrau oder eine Herr Stadträtin eben ganz normal. Erleichterungen gibt es zudem für die sieben grünen Mandatsträger für die Stadt Klagenfurt. Die „Gemeinderätinnen“, davon drei Männer, können jetzt auf das Binnen-I verzichten.

Bild der Woche

Zwangspause



Auf gutem Grund der Elbe: Fünf Tage und einen zweistelligen Millionenbetrag kostete die Havarie der 400 Meter langen und über 150.000 Tonnen schweren „Indian Ocean“.

Lesereinspruch

Unlogisch

Zu: „Politik als Placebo“ von Michael Paulwitz (JF 6/16)

Seit je beklagt sich die JF über den Vorwurf ihrer vermeintlichen „Scharnierfunktion“ zum Rechtsextremismus. Dabei produziert sie hier – in provozierend nonchalantem Ton, ähnlich töricht wie die AfD-Politikerinnen Frauke Petry und Beatrix von Storch – in einem fast unscheinbaren Nebensatz genau dies: eine implizite Rechtfertigung für Brandanschläge und fremdenfeindliche Übergriffe, wengleich es im Folgesatz absichernd heißt, daß „keine Straftaten“ zu entschuldigen seien.

Doch wie bitte ist es zu erklären, daß Ihr Autor die – laut BKA – knapp tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 und die verbreitete „Pogromstimmung“ als „Kehrseite der Szenen der Silvesternacht“ verbucht

(und damit letztlich legitimiert)? Dies ist nicht nur chronologisch absurd.

Und inwiefern sind feige, gewalttätige Angriffe auf Asylbewerber Ausdruck eines gerechtfertigten Widerstandes „zum Schutz der eigenen Bürger“? Schließlich stehen die betreffenden Straftaten kaum – falls überhaupt! – im Zusammenhang mit akuter körperlicher Gefahrenabwehr.

CLAUDIA LEIDER, HAMBURG



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/864953-14